

Bischof will Zahl der Dekanate reduzieren

Die katholische Kirche muss sparen, die Finanzlage im Bistum ist laut Bischof Franz Jung „sehr angespannt“. Den Diözesanräten hat er nun mehr über die Reformen verraten.

Von CHRISTINE JESKE

WÜRZBURG Bei der Herbstvollversammlung des Diözesanrats der Katholiken in Würzburg informierte Bischof Franz Jung über den Stand bei der „Pastoral der Zukunft“. Dieser Prozess werde zum 24. Oktober 2020 abgeschlossen sein, erklärte er den Delegierten der höchsten Laienvertretung im Bistum. Auch die „sehr angespannte“ Finanzlage war bei der Versammlung ein Thema. Ebenso die Zahl der Dekanate. So plant der Bischof laut Mitteilung des Ordinariats nur noch neun statt 20 Dekanate. Sie sollen identisch mit den Landkreisgrenzen verlaufen.

Gleichwohl sei beim Prozess noch nichts fix beschlossen, hieß es. Anhand eines Kriterienkatalogs werde in den Dekanaten „die Sinnhaftigkeit der neuen Einheiten überprüft“. Die zuständigen Gremien sollen dann mindestens mit einer Zweidrittel-Mehrheit dafür stimmen, andernfalls werde der Bischof den Zuschnitt festlegen.

„Das ist ein ambitioniertes Unterfangen, permanentes Nachbessern wird nötig sein.“

Bischof Franz Jung über den Prozess „Pastoral der Zukunft“

Zuletzt war von 40 pastoralen Räumen beziehungsweise größeren Territorien die Rede gewesen. Bei der Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrats hatte der Bischof bereits Eckpunkte der Reform vorgestellt und angekündigt, keine XXL-Pfarreien schaffen zu wollen.

Bis Oktober 2020 werden laut Bischof Jung auch einheitliche pastorale Standards festgelegt und die Rasterstruktur an die neuen Einheiten angepasst. „Das ist ein ambitioniertes Unterfangen, permanentes



Bischof Franz Jung informierte bei der Herbstvollversammlung des Diözesanrats im Exerzitienhaus Würzburg über den Prozess „Pastoral der Zukunft“. Er setzt auf einen geordneten Verlauf.

FOTO: MARKUS HAUCK POW

Nachbessern wird nötig sein.“ Der Bischof will zudem die Entlastung der Pfarrer bei der Verwaltung vorantreiben – etwa auch durch eine engere Vernetzung von Diözesanbüros und Caritas, ohne dass dafür neue Stellen geschaffen werden müssen.

Eine andere „Herausforderung für die Zukunft“ sind laut Jung auch die von den Orden betriebenen geistlichen Zentren wie Dettelbach, Engelberg, Kreuzberg oder Fährbrück. „Wie kann man diese Orte geistlich profilieren und erhalten, wenn die Orden, die das bisher gewährleisteten, bereits oder in absehbarer Zeit nicht mehr da sind?“

Der Bischof habe in diesem Zusammenhang angeregt, ob eventuell diese Orte Aufgaben für die umliegenden Pfarreien übernehmen könnten. Und betont, dass sicher sei, dass das Bistum angesichts der weiteren „sehr angespannten finanziellen Lage“ nicht alle Werke übernehmen könne, die zahlreiche Orden jetzt gerne angesichts ihres eigenen Nachwuchsmangels der Diözese übertragen wollten. Dazu gehören zum Beispiel Schulen. Da auf lange Sicht der Bistumshaushalt heruntergefahren werden müsse, werde ehrenamtliches Engagement in der Zukunft für das Bistum immer wichtiger.

Auch die Entschädigung für Betroffene sexuellen Missbrauchs sprach der Bischof an. Weil inzwischen das systemische Versagen der Kirche bei der Ahndung der Missbrauchsfälle feststehe, müsse die Institution den Opfern jetzt Schmerzensgeld zahlen. Jung hat den Angaben zufolge gegenüber den Diözesanrats-Delegierten Summen von bis zu 400 000 Euro pro Fall genannt. Das bedeute eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Diözesen.

Diözesanratsvorsitzender Michael Wolf ging ebenfalls auf die Strukturreform ein. In den künftigen pastoralen Räumen müsse auf allen wich-

tigen Ebenen eine Laienvertretung bestehen. „Auf keinen Fall darf sich unsere Ortskirche in einen Wohlfühlraum einrichten, eine Kirche der wenigen Willigen sein und den Rest der Gesellschaft aus den Augen verlieren“, so Wolf.

Zur Frauenfrage sagte Wolf: „Kann es denn wirklich sein, dass Frauen von Ämtern aufgrund eines anderen Chromosoms und Traditionen, die schon lange überholt sind, ausgeschlossen werden?“ Dieser Diskussion müsse sich die Kirche stellen. „Das betrifft nicht nur die Geweihten, sondern uns alle.“

(MIT INFORMATIONEN VON KNA)

Nach Brandserie in Hammelburg: Es gibt einen Verdächtigen

Von WOLFGANG DÜNNEBIER

HAMMELBURG Der Schreck über die nächtliche Brandserie im August ist noch gegenwärtig. Ein Unbekannter hatte in Hammelburg (Lkr. Bad Kissingen) Feuer an Reifen von zwölf Autos und an eine Mülltonne gelegt. Die Polizei und gut 80 Feuerwehrleute verhinderten, dass die betroffenen Fahrzeuge oder sogar angrenzende Häuser der engen Altstadt in Flammen aufgingen.

Um dem Verursacher auf die Spur zu kommen, hatte die Polizei unter anderem eine Flyeraktion samt einer aufwendigen Anwohnerbefragung gestartet. „Aufgrund derer gingen dann tatsächlich einige Hinweise aus der Bevölkerung ein“, sagt Pressesprecher Andreas Laacke vom Polizeipräsidium Unterfranken auf Nachfrage dieser Redaktion. Diese Hinweise hätten einen „gewissen Tatverdacht“ gegen eine Person aus dem Landkreis Bad Kissingen begründet.

Bei Wohnungsdurchsuchung Belastendes gefunden

Nach einer Wohnungsdurchsuchung bei dem Betroffenen habe die Polizei Gegenstände gefunden, die mit der Tat in Zusammenhang stehen könnten. Diese Sachen befinden sich zurzeit zur Auswertung beim Landeskriminalamt in München. Aktuell warten die Ermittlungsbehörden auf das Ergebnis, um gegebenenfalls gleich im Anschluss weitere Schritte einzuleiten. Das Resultat könne in wenigen Wochen vorliegen, es könne aber auch bis zu einem halben Jahr dauern, so Laacke.

Brandserie richtete Schaden von 250 000 Euro an

Der bei den Feuerelementen entstandene Schaden betrug um die 250 000 Euro. Für Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, haben die Stadt Hammelburg und das bayerische Landeskriminalamt je 1000 Euro Belohnung ausgesetzt.

Diskussion: Was dürfen Roboter in der Pflege?

Die Künstliche Intelligenz soll die Menschen nicht dominieren

Von SUSANNE SCHMITT

WÜRZBURG Künstliche Intelligenz (KI) polarisiert. Die Technik wird immer schlauer und in immer mehr Bereichen eingesetzt. Nicht nur im Alltag, beim Militär oder in der Industrie. Sondern auch in Medizin und Pflege. Was aber kann, darf und soll KI dort leisten, wo es um den Menschen geht? Können Roboter den Pflegenotstand beheben? Und vor allem: Wollen wir das?

Einfache, schnelle Antworten auf diese Fragen gibt es nicht – das wurde bei den zweiten Mainfränkischen Pflegegesprächen in Würzburg deutlich. „Es ist eine gesellschaftspolitische Thematik“, sagte Edith Dürr, Vorsitzende des Bayerischen Landespflegerates, bei der Diskussionsveranstaltung in Würzburg, zu der die Stiftungen Bürgerspital und Julius-Spital sowie die Mediengruppe Main-Post eingeladen hatten.

„Wir müssen aufpassen, dass die Diskussion über Roboter nicht unsere wahren Probleme verdrängt: Nämlich alte und kranke Menschen zu respektieren und zu lieben – und nicht abzuschieben.“

Ernst Engelke, Würzburger Sozialwissenschaftler

Ja, Digitalisierung bietet auch für die Pflege Chancen. Darin waren sich die Teilnehmer auf dem Podium einig. Ein Beispiel dafür ist Pepper. Der 1,20 Meter große Roboter wird seit Januar in der Tagespflege der Caritas-Sozialstation in Erlenbach am Main (Lkr. Miltenberg) eingesetzt. Als Unterhaltungskünstler, der Witze und Märchen erzählt oder Tai Chi mit den Senioren macht. Auch

an diesem Abend in der Neubaukirche brachte er einige neugierige der rund 200 Gäste zum Schmunzeln, als er mitten in der Diskussion anfang, Luftgitarre zu spielen.

„Pepper ist eine Entlastung für die Pflegekräfte“, sagte Gerhard Schuhmacher, Vorsitzender der Sozialstation. Ein Mehrwert, eine Unterstützung. Aber kein Ersatz.

Das sollen Roboter auch gar nicht sein, sagte Birgit Lugin, Professorin für Medieninformatik an der Uni Würzburg. Dennoch könnten sie lernen, mehr als Spaß zu machen und langfristig etwa an Arztbesuche erinnern oder an das regelmäßige Trinken. Oder an der Haut erkennen, ob der Blutdruck schwankt. Das könne Menschen ermöglichen, länger zuhause zu leben, so Lugin. Auf Stationen gewannen Pflegekräfte Zeit für andere Aufgaben. Nur: Wie weit darf die Entwicklung gehen?

„Das kann katastrophale Folgen haben: Die Pflege wird entmenschlicht“, warnte der Würzburger Sozialwissenschaftler Professor Ernst Engelke. Aus seiner Sicht ist es wichtig, jetzt, am Anfang, Grenzen zu ziehen. Niemand wolle, dass irgendwann nicht mehr Ärzte dem lebensbedrohlich erkrankten Patienten seine Diagnose überbringen, sondern Roboter. Niemand wolle, dass Bewohner in Altenheimen nur noch von Robotern angesprochen werden. Bedrückende Szenarien, die Engelke bewusst entwarf: „Ich möchte keine Dominanz der Digitalisierung“. Empathie, Nähe und eben Menschlichkeit dürften in der Pflege nicht verloren gehen. „Wir müssen aufpassen, dass die Diskussion über Roboter nicht unsere wahren Probleme verdrängt: Nämlich alte und kranke Menschen zu respektieren und zu lieben – und nicht abzuschieben.“

Auch Pflegerats-Chefin Edith Dürr ist skeptisch, ob sich der Notstand mit Technik abwenden lässt. Pflege sei „komplexe Beziehungsarbeit“, so Dürr. Und somit nur bedingt digitalisierbar. Aber wie viel Wahlfreiheit hat unsere Gesellschaft?

Laut Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) fehlen heute schon 80 000 Pflegekräfte in Deutschland. Bis 2030 könnten es nach Prognosen Hunderttausende sein. Eine Lösung ist trotz diverser Maßnahmen – 13 000 versprochene Extra-Stellen, Personal aus dem Ausland, Ausbildungsreformen, Tariflohn – nicht in Sicht.

Die Veranstellung „Sind Pepper und Zora die Pfleger der Zukunft“ in der Neubaukirche in Würzburg war die zweite Folge der neuen Reihe an Podiumsgesprächen zum Thema Pflege. Die nächste Diskussion ist im neuen Jahr.



Nur 1,20 Meter groß und doch stets im Mittelpunkt: Seit Januar rollt der Roboter Pepper durch die Tagespflege der Caritas-Sozialstation in Erlenbach am Main (Lkr. Miltenberg). Ist das die Zukunft?

FOTO: THOMAS OBERMEIER

Gemünden lässt Felbinger abblitzen

Kein Ausschussposten für Ex-Abgeordneten

GEMÜNDEN Eine deutliche Mehrheit im Gemündener Stadtrat hat sich am Montagabend gegen ihren wegen Betrugs verurteilten und unter Bewährung stehenden Kollegen Günther Felbinger gestellt. Eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat von Gemünden (Lkr. Main-Spessart) hatte die Umbesetzung der vier Ausschüsse des Gremiums erforderlich gemacht. Die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft (FWG) wollte dabei ihr neues Mitglied Felbinger (ehemals Freie Wähler) in den Ausschüssen als Vertreter oder Stellvertreter unterbringen. Das wurde in namentlicher Abstimmung jeweils verhindert.

Die namentlichen Abstimmungen gingen mit zwölf gegen sieben bzw. sechs Stimmen aus. Beim Rechnungsprüfungsausschuss sogar mit 15 gegen drei Stimmen. Monika Poracky (SPD) stimmte konsequent als einziges Ratsmitglied auch gegen Ausschussitze für den Fraktionsvorsitzenden und Listenführer der FWG, Gerhard Thumes. Alle anderen Vorschläge gingen einstimmig durch.

FWG und Ökokreis pro Felbinger

Gegen Felbinger waren die CSU-Fraktion mit Ausnahme Kilian Blums, die Freien Wähler/Freien Bürger, die SPD und das Bündnis für Bürgernähe wie auch Bürgermeister Jürgen Lippert. Für Felbinger stimmten Helmut Aulbach, Stefan Koberstein und Gerhard Thumes von der FWG sowie Martina Dittmeier und Martin Gefner vom Ökokreis. Günther Felbinger selbst und fünf weitere Stadträte fehlten. Diskutiert wurden die Gründe für das Abstimmungsverhalten nicht. Die Ankündigung von FWG-Chef Thumes, Felbinger in Ausschüsse und sogar den Rechnungsprüfungsausschuss bringen zu wollen, hatte einen öffentlichen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Üblicherweise ist die Zustimmung zu den Vorschlägen der Fraktionen nach der Gemeindeordnung Formsache. Der Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion, Jürgen Stich, hatte per Antrag zur Geschäftsordnung durchgesetzt, dass nur über die Kandidatenvorschläge der FWG einzeln abgestimmt wurde. Die Rechtmäßigkeit dessen will Helmut Aulbach (FWG) prüfen lassen. 19 Zuhörer wohnten der Stadtratssitzung bei. (LIES)

Kreuzfahrtschiff kracht gegen Schleusentor

HAUSEN Ein mit 145 Passagieren besetztes Flusskreuzfahrtschiff ist an einer Schleuse auf dem Main-Donau-Kanal hängengeblieben und beschädigt worden. „Der Kapitän hatte bei der Durchfahrt der Schleuse Hausen das Steuerhaus nicht genug abgesehen“, sagte ein Sprecher der Wasser- und Schifffahrtspolizei. „Das Häuschen schrammte dann durch das Schleusentor, dabei sind alle Fenster zerborsten.“ Verletzt wurde bei dem Vorfall im Landkreis Forchheim niemand. Der Schaden am Schiff liege im sechsstelligen Bereich, am Schleusentor gab es einen Lackschaden. (LIES)

Schwerer Unfall auf der A3

WALDBRUNN Bei einem schweren Auffahrunfall auf der A3 zwischen der Anschlussstelle Helmstadt und dem Autobahndreieck Würzburg-West sind am Dienstagnachmittag zwei Menschen verletzt worden. Ein Lkw-Fahrer wurde schwer, ein weiterer leicht verletzt, teilte die Polizei am Dienstagabend mit. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen musste ein 46-jähriger Lkw-Fahrer verkehrsbedingt abbremsen. Der 40-jährige Fahrer eines nachfolgenden Sattelzugs fuhr auf den vorausfahrenden Lastwagen auf. Er wurde in seinem Führerhaus eingeklemmt und musste befreit werden. Der 40-Jährige wurde mit schweren Verletzungen in eine Klinik geflogen. Aufgrund der umfangreichen Aufräum- und Bergungsarbeiten musste die A3 Richtung Nürnberg stundenlang vollständig gesperrt werden. (AM)